

# Ein Volk jenseits des Staates – Kurdische Bewegungen und Selbstbestimmung im 20. und 21. Jahrhundert

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Ein Volk jenseits des Staates – Kurdische Bewegungen und Selbstbestimmung im 20. und 21. Jahrhundert*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: West-end 2022. DOI: <https://doi.org/10.53291/LYGC7275>

Das Selbstbestimmungsrecht diente im 20. Jahrhundert als Organisationsprinzip für nationale Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt. Dies war bei den kurdischen politischen Bewegungen nicht anders, die von dem Grundsatz ausgingen, dass eine Nation ein Recht auf einen Staat hat, der die ausschließliche territoriale Kontrolle ausübt. Die nationale Selbstbestimmung wurde zur Grundlage des von ihnen beanspruchten Rechts, einen unabhängigen Staat Kurdistan zu gründen. Da die konstitutive Befugnis und die Rechtfertigung des Staates auf der Existenz einer sich selbst bestimmenden Nation beruhte (Keitner 2007: 2,5), formulierten die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen kurdischen politischen Parteien ihren Kampf in Begriffen der Staatsbildung. Allerdings verwandelte sich im Laufe des 21. Jahrhunderts die Hervorhebung der Kurd:innen als ein Volk *ohne* einen Staat in die Betonung der Kurd:innen als ein Volk *jenseits* des Staates. Dies drückt sich zum einen in der Rückentwicklung des Protostaats in der Region Kurdistan im Irak (Başur oder Südkurdistan) zu einer

familien- und stammesbasierten Politik aus, zum anderen in den Versuchen, in der Region Kurdistan in Syrien (Rojava oder Westkurdistan) eine Alternative zum Staat aufzubauen.

In diesem Kapitel diskutieren wir diese aktuellen politischen Entwicklungen mit Blick auf den historischen Kontext. Wir schauen dabei auf das Verhältnis der Kurd:innen und der kurdischen Politik zum Staat, sowohl als Objekt und als auch Ziel des politischen Kampfes. Bei der Betrachtung werden wir zwei starke Strömungen der kurdischen Politik der letzten Jahrzehnte unterscheiden. Die eine entwickelte sich aus der Tradition der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP, *Partiya Demokrat a Kurdistanê*)<sup>2</sup>, mit Molla Mustafa Barzani als Ikone; die andere entstand aus der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK, *Partiya Karkerên Kurdistan*) und wurde inspiriert von den Ideen ihres seit 1999 inhaftierten Vorsitzenden, Abdullah Öcalan<sup>3</sup>. Die erste Strömung verstand die Verwirklichung der Selbstbestimmung weiterhin im Sinne der Staatsbildung – wie dies im Unabhängigkeitsreferendum in der irakischen Region

---

2 Zu dieser KDP-Tradition gehören die KDP in Irakisch-Kurdistan, aber auch die Patriotische Union Kurdistans (PUK, *Yekêtiy Nîştîmanîy Kurdistan*) und ihre Schwesterparteien in den Kurdistan-Regionen in Iran (z. B. die Kurdische Demokratische Partei Irans [KDPI, *Hîzbi Dêmuqrâtî Kurdistanî Êran*] und die Komala-Fraktionen), Syrien (z. B. Demokratische Partei Syrisch-Kurdistans [KDPS, *Hîzbi Dêmuqrâtî Kurdistanî Sûrye*], Kurdische Demokratische Fortschrittspartei in Syrien [KDPP, *Partiya Dîmoqrâtî Pêşverû*]) und Türkei (z. B. KDP oder Freiheitspartei Kurdistans [PAK, *Partî Azadî Kurdistan*]).

3 Die Tradition der PKK umfasst eine Reihe von politischen Parteien, die sich im Zuge eines 2002 eingeleiteten Dezentralisierungsprozesses gebildet haben. In diesem Jahr wurde die „Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans“ (PÇDK, *Partî Çareserî Dîmuqrâtî Kurdistan*) gegründet, die sich auf den politischen Kampf in der Region Kurdistan im Irak konzentriert, gefolgt von der „Partei der Demokratischen Union“ (PYD, *Partiya Yekîtiya Demokrat*) im Jahr 2003, die sich auf den politischen Kampf in Syrien konzentriert, und der „Partei des Freien Lebens Kurdistans“ (PJAK, *Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*) im Jahr 2004, die sich auf den politischen Kampf im Iran konzentriert. Bereits 1999 wurde eine Frauenpartei gegründet, die 2004 in „Partei der Befreiung der Frauen Kurdistans“ (PAJK, *Partiya Azadiya Jin a Kurdistan*) umbenannt wurde. Die PÇDK als Partei wurde 2014 aufgelöst und durch die im Oktober 2014 gegründete gesellschaftliche Organisation, die „Bewegung der freien Gesellschaft Kurdistans“ (*Tevgerî Azadî Komelgey Kurdistanê*), ersetzt.

Kurdistan im Jahr 2017 zum Ausdruck kam – und fiel in eine familienbasierte Politik zurück. Die zweite initiierte eine Bewegung, die begann, den Staat nicht als Ziel, sondern als Hindernis auf dem Weg zur Selbstbestimmung wahrzunehmen. So entwickelte sich in Irakisch-Kurdistan eine fragile (proto-)staatliche Struktur der kurdischen Regionalregierung (KRG) zum regierungsamtlichen Ausdruck von Familiennetzwerken, während die *Demokratische Föderation Nordsyrien* (DFNS, einschließlich Rojava) auf der Grundlage einer nicht staatlichen gesellschaftlichen Organisation gegründet wurde, die sich auf die zusammenhängenden Begriffe und Konzepte „demokratische Autonomie“ und „demokratischer Konföderalismus“ bezieht.

Das Kapitel besteht aus fünf Hauptabschnitten. Der erste Abschnitt bietet eine kurze Einführung in die Idee der Selbstbestimmung der Nation und des Staates und behandelt, wie diese in der kurdischen Politik Ausdruck fanden. Der zweite Abschnitt befasst sich mit den Kurd:innen und der Staatsbildung aus einer historischen Perspektive und beschreibt das Verhältnis der Kurd:innen zum Staat im Sinne einer „umgekehrten“ Staatsbildung in Kurdistan, die Integration der Kurd:innen in die zentralisierten Verwaltungen der umliegenden Länder wie auch die Geschichte der mit diesem Prozess verbundenen Rebellionen. Der dritte Abschnitt diskutiert die beiden Hauptströmungen in der kurdischen Bewegung – die eine repräsentiert durch die PKK, die andere durch die KDP – und konzentriert sich auf ihre Herangehensweisen an die kritische Frage der kurdischen Politik bezüglich der Staatlichkeit. Der vierte Abschnitt befasst sich mit den Erfahrungen der *Regionalregierung Kurdistans (KRG)* und der Verwaltung von *Rojava* in Bezug auf Staatlichkeit. Der fünfte und letzte Abschnitt des Kapitels ist den Ausblicken und Schlussfolgerungen vorbehalten, wozu auch die Herausforderungen und Kontingenzen der beiden Modelle gehören.

## Selbstbestimmung und Nationalstaat

Die Beziehung zwischen Nation und Staat entstand vor dem Hintergrund des Wandels in Europa, bei dem Reiche zu Nationalstaaten wurden, und der damit verbundenen Frage nach den Eigenschaften der Untertanen in der Verwaltung dieser neuen Entitäten. Es entstand eine Bevölkerungspolitik, die sich an der Idee des Nationalismus orientierte, einem politischen Konzept, das davon ausgeht, dass die Grenzen politischer Einheiten (Staat) und kultureller Einheiten (Nation) übereinstimmen sollten, und das lehrt, dass die Macht eines Staates davon abhängt, inwieweit seine Untertanen dem Ideal der besonderen kulturellen Identität entsprechen, die die Nation kennzeichnen soll (Koehl 1953). Der Nationalismus hatte sich also im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem lebhaften und vielschichtigen politischen Imaginären entwickelt, in dem „die Nation“ zu einer Grundlage für politische und territoriale Ansprüche wurde. Jede sich selbst identifizierende Nation sollte die Kontrolle über einen Staat haben, der die ausschließliche territoriale Kontrolle ausübte (Keitner 2007: 2–3). Jedes Arrangement, das die Grenzen des Staates nicht mit denen der Nation gleichsetzte, wurde als suboptimal (Keitner 2007), als Zeichen der Unterlegenheit (Clastres 1989) oder als Ungerechtigkeit (Challiand 1993) betrachtet.

In diesem Kontext erklärten die kurdischen nationalen Befreiungsbewegungen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die Gründung eines unabhängigen Staates zu ihrem politischen Endziel. Damals basierten die Unabhängigkeitsbestrebungen auf einem marxistisch-leninistischen Ansatz zur Frage der Selbstbestimmung, wie er insbesondere von Lenin vertreten wurde, der geschrieben hatte, dass die „Selbstbestimmung der Nationen die politische Trennung dieser Nationen von fremden nationalen Körpern und die Bildung eines unabhängigen Nationalstaates“ bedeute (Lenin 1914). Die Behandlung dieser

Frage der nationalen Selbstbestimmung durch den Führer der Kurdischen Demokratischen Partei Irans (KDPI, *Hîzbî Dêmu-kratî Kurdistanî Êran*), Abdul Rahman Ghassemlou, in seinem Buch *Kurdistan and the Kurds*, das von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht wurde, ist typisch für die Art und Weise, wie die vom Marxismus-Leninismus inspirierten kurdischen politischen Parteien den Status Kurdistans und das Endziel der Befreiungskämpfe seit den 1960er Jahren betrachteten:

„Der Marxismus-Leninismus bekennt sich zum Selbstbestimmungsrecht jeder Nation, und dieses Recht hat für sie einen konkreten Inhalt. Lenin hat in seiner Polemik mit den Reformisten und Abweichlern vom Marxismus deutlich gezeigt, dass die Selbstbestimmung der Nationen die politische Trennung dieser Nationen von fremden nationalen Körperschaften und die Bildung eines unabhängigen Nationalstaates bedeutet. (...) Die Selbstbestimmung der Nationen im Programm der Marxisten kann keine andere Bedeutung haben als die politische Selbstbestimmung, die politische Unabhängigkeit und die Bildung eines Nationalstaates. (...) [Lenin] rügte jeden, der dieses Recht leugnete oder es anders als ein Recht auf Trennung betrachtete. ‚Ein Sozialist, der Mitglied einer dominierenden Nation ist‘, schreibt Lenin, ‚und somit weder im Frieden noch im Krieg das Recht der unterdrückten Nationen auf Trennung fördert, ist weder Sozialist noch Internationalist, sondern Chauvinist“ (Ghassemlou 1965: 246).

Das Recht auf Selbstbestimmung wurde sowohl als eine Frage der Trennung als auch der Vereinigung betrachtet; eine Trennung Kurdistans von den postimperialen (safawidischen und osmanischen), nach dem Zweiten Weltkrieg kolonisierenden Staaten (Türkei, Iran, Irak und Syrien) und die Vereinigung dieser Teile zu einem einzigen, nämlich Kurdistan (Ghassemlou 1965: 247). Darüber hinaus wurde eine Vereinigung mit anderen Völkern

im Nahen Osten als abhängig von einer Trennung betrachtet, da eine „Brüderlichkeit“ nicht im Rahmen einer kolonialen Beziehung entstehen könne. Selbstbestimmung in Form von Staatsbildung wurde als Teil eines weltweiten Kampfes für die Befreiung der unterdrückten Völker gesehen, wie es im Manifest der PKK von 1978 zum Ausdruck kam:

„Unter den heutigen Bedingungen ist ein unabhängiger Staat der einzig wahre und richtige Weg und daher die einzige revolutionäre These; andere Thesen und Fahrpläne sind reformistisch, weil sie die Staatsgrenzen nicht berühren, und weil sie reformistisch sind, sind sie reaktionär. Mit dem Ziel, ein politisch, wirtschaftlich und in anderer Hinsicht unabhängiges Land zu schaffen, wird die Befreiungsbewegung Kurdistans, zunächst in Beziehung zu den Nachbarvölkern, dann zu den Völkern in der Region und der Welt, im Interesse einer proletarischen Weltrevolution arbeiten“ (PKK 1978: 128).

Diese doppelte Legitimation des Kampfes durch das Recht auf nationale Selbstbestimmung und durch den Marxismus-Leninismus bot einen Rahmen, in dem die kurdischen Befreiungsbewegungen und politischen Parteien ihren besonderen Fall mit universalistischen Prinzipien verbanden (Casier 2009: 11). Der Kampf für die Unabhängigkeit verknüpfte den Fall eines kurdischen Nationalstaates mit dem universellen Prinzip der Selbstbestimmung (wobei die Verweigerung des Rechts auf die Gründung eines Staates die Verweigerung eines universellen Prinzips der internationalen Politik wäre), während der Marxismus-Leninismus den kurdischen Fall in den breiteren Kontext einer Dialektik zwischen Unterdrücker und Unterdrückten stellte (wobei die Beendigung dieser unterdrückerischen Beziehung beide befreien und ihnen so ermöglichen würde, neue Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit zu etablieren).

## Inverse Staatsbildung und sich entwickelndes nationales Bewusstsein

Der Anspruch auf einen Nationalstaat ist ein modernes Phänomen (Gellner 1997: 236). Jahrhunderte lang hatten Großreiche Europa und den Nahen Osten beherrscht. Das Osmanische Reich, das sich über Teile Europas, Nordafrikas und des Nahen Ostens erstreckte, war ein Gefüge von direkter und indirekter Herrschaft. Die einzigen Gebiete, die tatsächlich zentralisiert waren, bildeten Teile des Balkans und Ägyptens sowie wichtige Verkehrswege, während die übrigen Territorien größtenteils selbst verwaltet wurden. Dies war auch bei der Kurdistan-Region innerhalb des Osmanischen Reiches der Fall, die aus Emiraten bestand, welche von kurdischen *Mirs* regiert wurden. Im Versuch, das Reich zu modernisieren und zu stärken, wurden die kurdischen Emirate jedoch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgelöst (Eppel 2008; van Bruinessen 1978).

Mit Blick auf das Kurdistan vom fünfzehnten bis zum 20. Jahrhundert charakterisiert van Bruinessen (1978: 194f) die politischen Entwicklungen als einen in umgekehrten Bahnen verlaufenden Staatsbildungsprozess, bei dem die kurdische Gesellschaft die „Stufen“ vom (Ur-)Staat zum Häuptlingstum und dem Stamm zurück durchlief. Der Zerfall größerer politischer Institutionen in Kurdistan und die Aggressivität des aufkommenden türkischen, persischen und arabischen Nationalismus bedrohten die kurdische nationale Identität mit dem Auslöschen. Als Reaktion auf diesen Prozess führten kurdische Elitegruppen, die sich um Scheichs und Aghas organisierten, verschiedene kurze und langwierige Kämpfe. Diese zielten darauf ab, eine gewisse Form der Autonomie von den Zentralverwaltungen, in die sie eingegliedert waren, zu beanspruchen und aufrechtzuerhalten und somit eine kurdische Identität zu verteidigen, die gleichzeitig als politische Dynamik parallel zu den anderen Nationalismen zum Ausdruck kam. Die Rebellionen waren je-

doch geografisch begrenzt und im Allgemeinen politisch auf die Anhänger:innen bestimmter religiöser und stammesbezogener Führer beschränkt.

Die wichtigsten Aufstände waren die von Scheich Ubeydullah in Colemery 1880 (Osttürkei), Scheich Mahmud in Silêmanî 1919–22 (Nordostirak), dem Stammesführer Simko 1919–22 in der östlichen Region Urmia (Nordwestiran); dann der Aufstand von Scheich Said 1925 in Diyarbakir (Südosttürkei), der Agri-Aufstand<sup>4</sup> 1929 (Osttürkei) und der Aufstand von Seyid Riza 1935–38 in Dersim (Südosttürkei) sowie der Aufstand von 1932 in der Region Barzan (Nordirak) unter Führung von Scheich Ahmad. Obwohl die Aufstände als Reaktionen der Eliten von einem nationalen Bewusstsein gegen die Bedrohung etablierter Lebensweisen geprägt waren (Olson 1989; Tejel 2009), kämpfte die Mehrheit der Anführer für lokale oder regionale Interessen – ein Partikularismus, welcher die Schaffung eines umfassenderen politischen Programms verhinderte (Jwaideh 2006: 292f).

Zwar führte der Prozess der umgekehrten Staatsbildung dazu, dass Stämme und ihre Untergliederungen im 19. und 20. Jahrhundert zu den wichtigsten sozialen und politischen Einheiten in Kurdistan wurden, es gab jedoch auch viele Kurd:innen, die keine Stammeszugehörigkeit hatten. Ferner gab es Regionen, in denen der Stammesgedanke keine bedeutende Rolle spielte, jedoch die Stammesdominanz infolge der kolonialen Intervention wiederhergestellt wurde. Zum Beispiel förderte das von den Briten um die Jahrhundertwende in Silêmanî aufgebaute Verwaltungssystem die Wiederbelebung eines auf persönlichen und stammesbezogenen Loyalitäten basierenden Systems, das in der Folge als Rückschritt dargestellt wurde (Jwaideh 2006: 163–73). Auch die Zentralverwaltungen der vier Staaten mit Sitz in An-

---

<sup>4</sup> Die Agri-Rebellion wurde nicht von Aghas oder Scheichs angeführt, sondern „von einer modernen und säkularen Organisation, Hoybun, geleitet und befohlen“, die die Unzufriedenheit der Stämme organisierte (Bajalan 2009; Yeğen 2017).



kara, Teheran, Bagdad und Damaskus nutzten Stammesloyalitäten als Mittel für eine indirekte Herrschaft.

Auch wenn eine umgekehrte Staatsbildung stattgefunden hat, kann dies nicht für die Entwicklung einer nationalen Identität behauptet werden. Im Laufe des 20. Jahrhunderts bildete sich unter den Kurd:innen ein immer stärkeres Gefühl der nationalen Zugehörigkeit heraus – wenn auch in einer im Vergleich zu den benachbarten (türkischen, arabischen und persischen) Nationalismen eher späten und relativ schwachen Form. Im Gegensatz zur türkischen Nationalbewegung waren die Kurd:innen zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs weder politisch noch militärisch gut organisiert, was sie zu einem schwachen Akteur bei den Verhandlungen zur Neuordnung des Nahen Ostens machte. Der Vertrag von Sèvres von 1920 und der an seine Stelle tretende Vertrag von Lausanne von 1923 legten neue Grenzen fest – im Wesentlichen die der Türkei und der unter britischer und französischer Herrschaft stehenden Gebiete, aus denen die modernen Staaten Irak und Syrien hervorgingen – und ließen die Kurd:innen geteilt zurück. Die Tatsache, dass ein wachsendes Nationalbewusstsein nicht automatisch zu einem Staatsbewusstsein führt, wird insbesondere durch die Haltung der kurdischen Delegation auf der Lausanner Konferenz deutlich. Obwohl sich die kurdischen Delegierten ihrer kurdischen Identität durchaus bewusst waren, verteidigten sie die Eingliederung in die neue Republik Türkei und erhoben sogar den Anspruch, dass Mossul Teil der Türkei werden sollte (Jwaideh 2006).

## Die Entstehung zweier Traditionen in der kurdischen Politik

Auf die Gefahr hin, zu sehr zu vereinfachen, können wir die Entstehung zweier Haupttraditionen in der kurdischen Politik

seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheiden, welche in verschiedenen Zonen Kurdistans verankert sind: eine im östlichen Teil des Irans und im Nordirak (Süd- und Ostkurdistan), die aus der KDP hervorgegangen ist, und die andere im Südosten der Türkei (Nord- und Westkurdistan), hervorgegangen aus der PKK.

## Süd- und Ostkurdistan

Die erste Tradition hat ihre Wurzeln in der Republik Mahabad, wo namhafte Persönlichkeiten die KDPI gründeten und mit Unterstützung der Sowjetunion am 22. Januar 1946 die Gründung der Republik Mahabad verkündeten. Obwohl sie nur von kurzer Dauer war – iranische Truppen marschierten im Dezember desselben Jahres in die Stadt ein und der Präsident der Republik, Qazi Mohammed, sein Bruder Sadr und sein Cousin Sayf Qazi wurden am 31. März 1947 gehängt –, wurde die Republik Mahabad zu einem inspirierenden Symbol für viele Kurd:innen. Einer ihrer Generäle, der Stammesführer Molla Mustafa Barzani, wurde zum Anführer einer kurdischen Nationalbewegung im Irak und zum Symbol für die kurdischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung.

In den 1960er und 1970er Jahren dominierte die von Barzani geführte KDP nicht nur die Politik in Südkurdistan (Nordirak), sondern war auch der wichtigste Akteur in der kurdischen Politik anderswo. Obwohl die Träume von der Unabhängigkeit aufrecht blieben, nahm die KDP im Irak Verhandlungen mit den nachfolgenden Regierungen über Autonomie auf, während sich die KDPI im Iran unter dem Slogan „Demokratie für den Iran, Autonomie für die Kurd:innen“ organisierte (Entessar 1984). Schließlich führte dieser jahrzehntelange militärische und politische Kampf 1970 zur Anerkennung der kurdischen territorialen Autonomie im Irak.

Die feindseligen Auseinandersetzungen gingen dennoch weiter und mündeten schließlich in einen ausgewachsenen Krieg zwischen der KDP und dem irakischen Regime. Dieser endete erst, als der Iran, der die Kurd:innen unterstützt hatte, ein Abkommen mit dem Irak schloss, in dem er die logistische Unterstützung im Gegenzug für die (für den Iran) günstige Beilegung eines Grenzstreits einstellte (Bengio 2006). Auf die Auflösung der territorialen Autonomie der Region Kurdistan folgten ein von Bagdad aus unter Sadamm organisiertes langwieriges Programm der Arabisierung, Aufruhr und schließlich die Schrecken der chemischen Angriffe und Massendeportationen in den Jahren 1987 und 1988, die zu einer effektiven Niederlage der kurdischen Guerillas im Irak führte (HRW 1993; van Bruinessen 1994: 16, 21).

Die Bedingungen für die Kurd:innen im Irak änderten sich nach dem Ersten Golfkrieg 1991 unter Führung der USA, als die Operation „Desert-Storm“ gegen die irakische Besetzung Kuwaits gestartet wurde. Nach der faktischen Niederlage der irakischen Armee am 28. Februar 1991 und ermutigt durch die Bush-Regierung, Saddam Hussein zu stürzen, brachen im (schiitischen) Süden und (kurdischen) Norden des Irak Volksaufstände aus. Im Norden begann der Aufstand am 4. März 1991 in Raniya, im Gouvernement Silêmanî, und breitete sich rasch über die gesamte Region aus. In weniger als zehn Tagen war der größte Teil von Irakisch-Kurdistan unter der Kontrolle der Rebellen (McDowall 2000: 371).

Als die Bush-Regierung schnell einen Rückzieher machte (Romano 2006), gewann die irakische Armee die Kontrolle über einen Großteil des Gebiets zurück, was zu einer Massenfucht von Kurd:innen in die Türkei und den Iran führte. Am 6. April 1991 führten die Streitkräfte der internationalen Koalition die Operation „Provide-Comfort“ durch, um den Geflüchteten humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und richteten zu ihrem Schutz eine Flugverbotszone (NFZ) nördlich des 36. Breiten-

grades ein (Chorev 2007; Romano 2006). Es war diese NFZ, welche die autonome Region Kurdistan ins Leben rief (Gunter 2008; McDowall 2000; Romano 2006; Yoshioka 2015). Als die USA 2003 den Irak besetzten (Zweiter Golfkrieg), wurden die Grenzen der Region Kurdistan weiter nach Süden verschoben (Yoshioka, 2015: 22f), und 2014, als die irakische Armee in Mosul unter dem Angriff des Islamischen Staates im Irak und in der Levante (ISIL) – jetzt nur noch Islamischer Staat (IS) – zusammenbrach, rückten die kurdischen Streitkräfte (Peschmerga) weiter nach Süden vor und übernahmen die Kontrolle über die lange umstrittene Stadt und das ölfreiche Gebiet von Kirkuk.

Betrachtet man die Entwicklung im Rückblick, so wurde 1991 eine neue territoriale Einheit geschaffen, welche die Gouvernements Silêmanî (Sulaymaniyah), Hewlêr (Erbil) und Dihok (Dohuk) umfasste<sup>5</sup>. Diese Region wurde als „Region Kurdistan im Irak“ oder „Autonome Region Kurdistan“ bezeichnet. Mit der Abhaltung von Parlamentswahlen im Jahr 1992 und der Einrichtung der *Regionalregierung Kurdistans* (KRG) wurde ein Prozess der Staatsbildung eingeleitet. Leider wurde dieser Prozess jedoch durch die Auseinandersetzungen zwischen den beiden wichtigsten politischen Parteien, der KDP und der PUK, zwischen 1994 und 1998 unterbrochen und führte zu einer Teilung der Region Kurdistan, wobei der westliche Teil unter der Kontrolle der KDP und der östliche unter der der PUK stand.

## Nord- und Westkurdistan

Die zweite Strömung in der kurdischen Bewegung entstand in den 1970er Jahren durch die PKK und wurde ab den 1990er Jahren im kurdisch besiedelten Südosten der Türkei (Akkaya 2013)

---

<sup>5</sup> Teile von Nineva oberhalb der NFZ wurden verwaltungstechnisch Dihok eingegliedert, während der nördliche Rand von Diyala Silêmanî inkuldiert wurde.

und dann ab den 2010er Jahren in Syrien hegemonial. Vor dem Hintergrund der gezielten Bemühungen, die kurdische Identität zu vernichten, und des Fehlens legaler Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, vertrat die PKK als vorrangige Ziele das Recht auf Selbstbestimmung, das damals als Errichtung eines unabhängigen und vereinigten Kurdistan verstanden wurde, wie auch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft (Bozarslan 2004; Gunes 2012). Die PKK glaubte, dass nur ein lang anhaltender Volkskrieg gegen die Kolonialisierung durch die Türkei, den Iran, den Irak und Syrien den gewünschten gesellschaftlichen Wandel herbeiführen könnte, und zog sich aufs Land und außerhalb der türkischen Grenzen zurück, um dem harten Vorgehen der Armee nach dem Militärputsch von 1980 zu entgehen.

Die Geschichte der PKK kann in mehrere Phasen eingeteilt werden. Die Jahre von 1973 bis 1977 können als Periode der ideologischen Gruppenbildung und die von 1977 bis 1979 als Phase des Parteaufbaus beschrieben werden; in der Zeit von 1979–84 wurde der Guerillakrieg für die Errichtung eines unabhängigen Kurdistan und die Beendigung der ausbeuterischen feudalistischen, auf Landbesitz basierenden Verhältnisse innerhalb der kurdischen Gesellschaft vorbereitet und organisiert, während die Zeit von 1984–99 von aktiven Kämpfen geprägt war. In den Jahren 1999–2004 kam es zu einer Krise und Neupositionierung, ausgelöst durch die Ausweisung des Parteiführers Abdullah Öcalan aus Syrien 1998 und seine Gefangennahme und Entführung aus Kenia 1999. Nach der Krise und den Unruhen innerhalb der Partei (Akkaya und Jongerden 2012) gründete sich die PKK 2004 auf der Grundlage einer Neukonzeption der Selbstbestimmung im Sinne eines Projekts nicht der Staatsbildung, sondern der Rätedemokratie, inspiriert durch die Arbeit des libertären Denkers Murray Bookchin, neu. Während die PKK ursprünglich die Errichtung eines vereinigten sozialistischen Staates Kurdistan anstrebte (PKK 1978), wird das letztendliche Ziel der Selbstbestimmung heute durch die Entwicklung eines Projekts der radikalen

Demokratie verfolgt (Akkaya und Jongerden 2012). Die Partei hat sich zu einem Friedensprozess verpflichtet und ihre Guerilla als Selbstverteidigungskräfte reorganisiert.

Etwa zwanzig Jahre nachdem die kurdischen politischen Parteien im Irak die Kontrolle über den größten Teil der Region Kurdistan im Irak erlangt hatten, eröffnete das gewaltsame Chaos, in das Syrien geriet, der kurdischen Bewegung dort neue Möglichkeiten. Obwohl die kurdischen politischen Parteien in Syrien mehrere Jahrzehnte lang unter der Ägide der KDP und der PUK gestanden hatten, schwelte seit den 1990er Jahren eine Krise innerhalb des kurdischen Parteiensystems, die zu einem Popularitätsverlust der beiden Hauptparteien führte. Dies war zum Teil auf den Fraktionismus zurückzuführen, aber auch auf die Dominanz von personellen Fragen und die Unfähigkeit der Parteien, Zugeständnisse vom Staat zu erwirken (Allsopp 2014: 176f). Das Krisengefühl wurde noch weiter verstärkt, da die Unterstützung für die Parteien abgenommen hatte, während das kurdische Nationalbewusstsein und der Aktivismus der Jugend zunahmen. Aus diesem Widerspruch – einer Krise der traditionellen Politik der Parteien und einem gestiegenen politischen Bewusstsein – entstand eine neue politische Partei, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD, Partiya Yekîtiya Demokrat). Orientiert an der Ideologie von Abdullah Öcalan konnte die PYD eine politische Alternative entwickeln, eine Perspektive für ein System der Selbstverwaltung von unten nach oben, was sich gut mit dem Basisaktivismus der Jugend verbinden ließ.

Im Januar 2011 kam es im Anschluss an die Proteste im „Arabischen Frühling“, welche Nordafrika und den Nahen Osten von Tunesien und Ägypten ostwärts durchzogen, auch in Syrien zu Massenprotesten mit gewaltsamen Aktionen und Reaktionen. Innerhalb von drei Monaten hatten sich die syrischen Proteste zu einem Aufstand entwickelt. Das Regime in Damaskus glaubte, die Proteste wie in der Vergangenheit durch eine Kombination aus politischen Gesten und brutaler Gewalt eindämmen und

unterdrücken zu können, doch diesmal hatte sich der internationale Kontext erheblich verändert. Es entwickelte sich ein aktiver Aufstand, welcher von den Muslimbrüdern dominiert und dann durch das Auftauchen von Al-Qaida und dem Islamischen Staat (IS) zerrissen wurde. Mit der Intervention westlicher (u. a. USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande) sowie regionaler staatlicher (u. a. Türkei, Katar, Saudi-Arabien) und nicht staatlicher (u. a. Hisbollah) Akteure, entstand ein zunehmend gewalttätiges Geflecht von miteinander verknüpften Konflikten an verschiedenen Orten mit Armeen und Milizen, welche sich aus verschiedenen unabhängigen und stellvertretenden Kräften zusammensetzten und in denen sich keine einzelne Kraft durchsetzen konnte. Da die meisten Fraktionen eine militärische Lösung anstrebten, die sie nicht erreichen konnten, zog sich der Hobbes'sche Krieg aller gegen alle in die Länge (van Dam 2017: 183).

Die Kurdistan-Region in Syrien hat ihre eigene Geschichte des Widerstands gegen die repressive Politik des syrischen Staates unter Hafez al-Assad und später seinem Sohn Bashar, wozu der Widerstand gegen die Arabisierung und die sie betreffende Aberkennung der Staatsbürgerschaft gehören. Im Jahr 2012 brachen im syrischen (West-)Kurdistan Proteste aus, und da sich das Regime in der Hauptstadt einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sah, zerfiel seine lokale Autorität in diesem peripheren, aber landwirtschaftlich wichtigen Gebiet. Die mit der PYD verbündeten Volksverteidigungseinheiten (YPG, Yekîneyên Parastina Gel) nahmen am 19. Juli die Stadt Kobanê ein, gefolgt von Amûdê und Afrin am 20. Juli sowie Derik und Qamişlo in den Tagen danach. Innerhalb von zwei Wochen zogen sich die Regimekräfte in den Süden von Rojava zurück, wobei sie jedoch in Hochburgen in Hasakeh und Qamislo verblieben (Knapp, Flach und Ayboga 2014; Knapp und Jongerden 2016). In den darauffolgenden Jahren gelang es den YPG-Kräften – und später auch den 2013 gegründeten Frauenverteidigungseinheiten (YPJ, Ye-

kîneyên Parastina Jin) und den Demokratischen Kräften Syriens (SDF), einem Zusammenschluss von Streitkräften, der sich um die YPG herum bildend zu einem breiteren, fortschrittlichen, multiethnischen und multireligiösen Bündnis entwickelte –, in den von ihnen kontrollierten Regionen das Gewaltmonopol zu erlangen und relativ stabile und funktionierende Verwaltungen aufzubauen.

Im Gegensatz zu anderen Konfliktparteien ging es der PYD und ihrem politischen Dachverband, dem Syrischen Demokratischen Rat (SDC), nicht um einen Regimewechsel in Syrien oder um die Eroberung und den Aufbau eines Staates (im Falle des IS durch die Beseitigung der syrisch-irakischen Grenze). Nicht die Absetzung von (Baschar) al-Assad wurde als elementar betrachtet, sondern eine Veränderung des politischen Systems, aus dem Diktaturen und Dynastien hervorgehen würden. Die PYD trat für eine radikale Veränderung der politischen Formation ein, welche der Unterdrückung in Syrien und im gesamten Nahen Osten zugrunde liegt, und zwar durch den Aufbau echter demokratischer Institutionen zur Stärkung der Gesellschaft.<sup>6</sup> Im Gegensatz zur etatistischen politischen Perspektive der kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan konzentrierte sich die der PYD daher auf eine Stärkung der Gesellschaft (gegenüber dem Staat) mittels aktiver Bürgerschaft und Selbstverwaltung. Eine im Gegensatz zu al-Assads Ziel der Wiederherstellung von zentralisierter staatlicher Herrschaft stehende nicht staatliche, oder besser gesagt, nicht staatsgebundene Demokratie (Allsopp 2014; Knapp Flach und Ayboga 2014; Lowe 2014; Maur und Staal 2015; Schmidinger 2014).

Diese Ausrichtung der PYD-SDC auf einen Systemwandel begründete ihr Misstrauen gegenüber dem Syrischen Na-

---

6 Zum Beispiel Salih Muslim (2011): „Wir wollen eine grundlegende Änderung des repressiven Systems. Es gibt einige, die den Slogan ‚Sturz des Regimes‘ hochhalten. Unsere Probleme sind nicht von den Machthabern. Die Machthaber in Damaskus kommen und gehen“ (Allsopp 2014: 209).



tionalrat (SNC), einer von der Türkei unterstützten, von den Muslimbrüdern dominierten Organisation, die zwar einen Regimewechsel forderte, sich aber deutlich weniger für einen Systemwandel aussprach. In ähnlicher Weise wurde die Politik der PYD-SDC vom Kurdischen Nationalrat (KNC) abgelehnt, einer 2011 unter der politischen Führung von KRG-Präsident (Massoud) Barzani gegründeten Dachorganisation, die mit der syrischen Opposition gegen al-Assad zusammenarbeitete. Die Spannungen zwischen der KNC-SNC auf der einen Seite und der PYD-SDC auf der anderen Seite waren Ausdruck einer fundamentalen Spaltung zwischen den beiden sich inzwischen entwickelten Traditionen der kurdischen Politik. Tatsächlich brachte diese zuweilen in einem offenen Konflikt ausgetragene Spaltung zwei sehr unterschiedliche Auffassungen in puncto Staat deutlich auf den Punkt.

## Protostaatliche Entwicklung in Irakisch-Kurdistan

Am 25. September 2017 hatten die Wähler:innen der Region Kurdistan im Irak die Möglichkeit, auf die Frage „Wollen Sie, dass die Region Kurdistan und die kurdischen Gebiete außerhalb der Verwaltung der Region ein unabhängiger Staat werden?“ zu antworten. Auf einer Kundgebung in Hewlêr drei Tage vor dem Referendum hatte Barzani erklärt: „Seit dem Ersten Weltkrieg bis heute sind wir kein Teil des Irak“, und weiter: „Wir weigern uns, uns unterzuordnen“ (Chulov und Johnson 2017).

Trotz ihres seit Langem gehegten Traums von unabhängiger Staatlichkeit und der Erlangung einer nahezu faktischen Unabhängigkeit von der Zentralregierung seit 1991 hatten die dominierenden politischen Parteien, die KDP und die PUK, in der Frage der autonomen Administration an einem föderalen Ansatz festgehalten. Die beiden Parteien waren Mitglieder des Irakischen Nationalkongresses, einer Koalition von Oppositions-

gruppen, die einen föderalen Irak nach Saddam befürworteten (Yildiz 2004: 116), und beschlossen 2005, in einem föderalen Irak zu verbleiben. Dies, obwohl die meisten Kurd:innen der Wiedereingliederung misstrauisch gegenüberstanden und bereits in einem informellen Referendum, das parallel zu den Parlamentswahlen im selben Jahr stattfand, für die Unabhängigkeit gestimmt hatten (Ahmed 2013: 112, 131).

Da die USA Druck auf die Kurd:innen ausübten, im irakischen Staate zu verbleiben und als stabilisierende Kraft zu wirken, arbeiteten KDP und PUK in Zusammenarbeit mit dem Obersten Rat für die Islamische Revolution im Irak (SCIRI)<sup>7</sup> die neue irakische Verfassung aus. Mit den Artikeln 117 und 141 der neuen Verfassung wurde die Region Kurdistan formell gegründet und das kurdische Parlament und die dort erlassene Gesetzgebung anerkannt (Ahmed 2013; Danilovich 2014; Kane Hiltermann und Alkadiri 2012; Katzman 2010; Stansfield 2006, 2017; Stansfield und Anderson 2009; Yoshioka 2015). Die Verfassung wurde mittels eines Referendums am 15. Oktober 2005 angenommen. Während die Bevölkerung in den mehrheitlich schiitischen und kurdischen Regionen sie begrüßte, stieß die neue Verfassung auf heftigen Widerstand der Sunniten, deren Anführer nicht aktiv an der Ausarbeitung beteiligt waren. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch klar, dass unterschwellig eine schiitische politische Führung eine einfache Mehrheitsregierung in einem zentralisierten Einheitsstaat befürwortete (Gunter 2008: 20). In den folgenden Jahren nahm der Antiföderalismus unter der schiitischen Führung zu, sodass viele Artikel der Verfassung verletzt oder nicht implementiert wurden.<sup>8</sup> Große Sorge bereitete den Kurd:innen die Weigerung der irakischen Zentralregierung, Artikel 140 umzusetzen, der sie dazu verpflichtete, „eine Volkszählung durchzuführen und durch eine Volksabstimmung

---

7 Umbenennung in *Islamischer Oberster Rat des Irak* (ISCI) im Jahr 2007.

8 Etwa fünfundfünfzig Artikel der Verfassung wurden nach Angaben kurdischer Offizieller von Bagdad missachtet.

in Kirkuk und anderen umstrittenen Gebieten den Willen ihrer Bürger zu ermitteln“. Das entsprechende Referendum hätte vor dem 31. Dezember 2007 durchgeführt werden müssen. Während die Kurd:innen die Nichtdurchführung des Referendums als Verstoß gegen die Verfassung ansahen, betrachteten die irakischen Verantwortlichen den Paragraphen als verfallen (Park et al. 2017: 201). Obwohl die treibende Kraft eines föderalen Systems eine Politik der Anerkennung von Unterschieden und Vielfalt ist (Burgess 2017), wurde die Politik im Irak zunehmend sektiererisch und exklusiv. Wenn ein föderales System „institutionelle Lösungen bieten soll, die es den verschiedenen Segmenten unterschiedlicher Gesellschaften ermöglichen, ihr Streben nach Selbstbestimmung zu verwirklichen und gleichzeitig die soziale und territoriale Integrität der bestehenden Staaten insgesamt zu bewahren“ (Wolff 2009: 28), dann kann die Nichtumsetzung von Artikel 140 als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht betrachtet werden.

Obwohl die KDP und die PUK bei der Ausarbeitung der Verfassung von 2005 gemeinsam gehandelt hatten, waren sie zum Zeitpunkt des Referendums hoffnungslos zerstritten. Die PUK war zunehmend anfällig für Spaltungen und Abspaltungen, was durch die Abwesenheit und Krankheit ihres im Oktober 2017 verstorbenen Führers Jalal Talabani noch verschärft wurde. Dies hatte bereits 2009 zur Gründung der abtrünnigen PUK-Partei Goran (Wandel) geführt, wodurch ein fünfzehn Jahre altes Abkommen über die Teilung der Macht zwischen der KDP und der PUK, das die kurdische Politik dominiert hatte, unterbrochen wurde. Goran setzte sich für eine Stärkung der Regierungsorgane, die Integration von Partei- und Privatmilizen in die Peshmerga (die dem Verteidigungsministerium unterstellt sind) und gegen Korruption ein. Genau dieses Versagen bei der Schaffung politischer Kohärenz durch staatliche Institutionen wurde bei der Vorbereitung des Referendums und im Anschluss daran deutlich.

Das Scheitern der Herstellung einer geschlossenen Selbstregierung geht auf eine Vereinbarung zur Teilung der Macht zurück, die von den beiden dominierenden Parteien nach den ersten allgemeinen Wahlen in der Region Kurdistan im Jahr 1992 getroffen wurde. Nachdem die KDP und die PUK 50 Prozent bzw. 48 Prozent der Stimmen erhalten hatten, einigten sie sich auf eine Machtteilung und teilten die Regierungsfunktionen untereinander auf (Anderson und Stansfield 2005; McDowall 2000). Parallel zum Aufbau staatlicher Institutionen hatten die starken Männer in den Parteien jedoch Machtbeziehungen durch klientelistische Netzwerke aufgebaut, die von ihren loyalen Milizen gestützt wurden. Diese dominanten Familien bildeten auch das Schlüsselement bei der Herstellung persönlicher Verbindungen zwischen der Regierung und dem Privatsektor (Aziz 2017: 110). Im Schatten der staatlichen Institutionen wurde die Macht daher in familiären Netzwerken angesiedelt. In der KDP bildeten sich solche Netzwerke nicht nur um Massoud Barzani, der die Führung von seinem Vater geerbt hatte, sondern auch um seinen Sohn Masrour Barzani und seinen Neffen Necirvan Barzani, die ihrerseits in einen ruhenden Nachfolgekampf verwickelt sind. In der PUK entwickelten sich solche Netzwerke unter anderem um Hero Talabani, die Frau des legendären PUK-Führers Jalal Talabani, Kosrat Rasul, Mala Bakhtiar und Scheich Jafaar.<sup>9</sup>

Der Aufbau und die Aufrechterhaltung dieser klientelistischen Netzwerke waren in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Ressourcen abhängig (van Wilgenburg und Fumerton 2015: 5). Der ungleiche Zugang zu den für die Aufrechterhaltung dieser Netzwerke erforderlichen Ressourcen verschärfte den Wettbewerb zwischen den beiden wichtigsten Parteien. Die KDP kontrolliert den Ibrahim-Khalil-Grenzposten zur Türkei, der

---

9 Der Hauptunterschied zwischen den beiden großen Parteien besteht darin, dass die KDP eine zentralisierte Organisation oder Dynastie ist, während die PUK eher eine Dachorganisation oder ein Netzwerk von Funktionären ist (Aziz 2017: 117–18).

wesentlich höhere Einnahmen bringt als die PUK, die die Grenze zum Iran kontrolliert (Chorev 2007: 4). Zwischen der KDP und der PUK herrscht ein ständiger Wettstreit darüber, wer die ölreichen Gebiete in der Region kontrolliert. Die internationale Gemeinschaft hat diesen Wettbewerb scheinbar noch verstärkt, indem sie mit Politikern aus der Region als Parteiführern und nicht als Regierungsvertretern der KRG verhandelt hat (Yoshioka 2015: 33). Dann, mit dem Aufstieg des IS im Jahr 2014, brachen die Investitionen und Einnahmen ein, während die Ölpreise fielen, was zu ernsthaften Geldflussproblemen für die Aufrechterhaltung der entstandenen Machtstrukturen führte. Die klientelistischen Netzwerke hatten also ein demokratisches, institutionalisiertes Regierungssystem unterminiert, und ihre reduzierte Macht führte zu einer weiteren Schwächung desselben.

Die ohnehin schon schwachen Regierungsinstitutionen wurden durch die Entscheidung des Präsidenten der autonomen Region Kurdistan im Jahr 2015 weiter geschwächt, dem Parlamentsvorsitzenden die Einreise nach Hewlêr, dem Sitz des Parlaments, zu verweigern, sodass das Parlament zwei Jahre lang nicht zusammentreten konnte. Die Partei des Parlamentsvorsitzenden, Goran, hatte den Präsidenten der autonomen Region Kurdistan beschuldigt, unrechtmäßig zu handeln, da seine Amtszeit bereits seit zwei Jahren abgelaufen war. Dieser Konflikt über die Legitimität des Präsidenten spiegelte sich in seiner einseitigen Entscheidung wider, ein Unabhängigkeitsreferendum durchzuführen. Goran, die Talabani-Fraktion innerhalb der PUK<sup>10</sup>, die Islamische Gruppe Kurdistans und die Bewegung „Neue Generation“ unter der Führung des Geschäftsmanns und ehemaligen Medienunternehmers Shaswar Abdulwahid Qadir<sup>11</sup>

---

10 Die Kreise um die prominenten PUK-Politiker Kosrat Rasul und Najmaldin Karim, unter anderem, unterstützten das Referendum.

11 Shaswar Abdulwahid Qadir war ein Bauunternehmer und der Gründer von Nalia Media and Radio im Jahr 2010, der Muttergesellschaft der unabhängigen Medienorganisation NRT.

stellten das Referendum infrage oder lehnten es ab.<sup>12</sup> Dies geschah jedoch nicht aufgrund einer Ablehnung des Rechts auf unabhängige Staatlichkeit, sondern weil sie davon überzeugt waren, dass das Referendum instrumentalisiert wurde, um Unterstützung für einen von Legitimitätsproblemen geplagten Präsidenten zu gewinnen (Anczewski 2017). Shaswar Abdulwahid Qadir drückte die Ablehnung wie folgt aus:

„Der Zweck dieses Referendums ist nicht die Schaffung eines unabhängigen Staates. Wir glauben, dass es nur eine Ausrede unseres Führers ist, um die internen Probleme zu vertuschen. Es ist ein Vorwand, um die Probleme innerhalb des Landes zu verbergen (...) Ohne das Referendum würde die politische Agenda von der Forderung nach einer dringend notwendigen Anti-Korruptionskampagne, [der Untersuchung] der Behinderung des Parlaments, der [fehlenden] Trennung zwischen Justiz und Exekutive, dem Nichtbestehen einer geeinten Armee [und] der mangelnden Achtung der Menschenrechte und der Redefreiheit bestimmt werden.“<sup>13</sup>

Betrachtet man den Zeitraum 1991–2017, so wird man Zeuge eines doppelten Prozesses des gescheiterten Staatsaufbaus in der autonomen Region Kurdistan. Während zum einen die Staatsbildung als Teil des Irak an den zentralistischen und sektierischen Tendenzen in Bagdad scheiterte, prägten zum anderen in der föderalen Teilregion Klientelismus und Patronage das Gemeinwesen. Dies war die Folge einer Vereinbarung über die Aufteilung der Macht zwischen den beiden politischen Parteien, die wiederum nur von einigen wenigen Familien beherrscht wurden, deren Hauptanliegen die Aneignung von Ressourcen

---

12 Das Parlament der autonomen Region Kurdistan im Irak hat das Referendum erst zehn Tage vor seiner Abhaltung gebilligt, obwohl aufgrund eines Boykotts der größten Oppositionspartei Goran nur 68 von 111 Abgeordneten an der Sitzung teilnahmen.

13 Shaswar Abdulwahid Qadir, 24. September 2017, persönliche Mitteilung, in seinem Haus im „Deutschen Dorf“ in Silêmani.

für die Aufrechterhaltung klientelistischer Netzwerke war. Das Scheitern des Staatsaufbaus wurde durch die Folgen des Referendums schmerzlich deutlich (International Crisis Group 2019). Die KRG erwies sich als gescheitert, was blieb, waren klientelistische Parteipersonen-Miliznetzwerke, die nicht in der Lage waren, gemeinsam zu handeln.

## Nicht staatliche Verwaltung in Rojava

Wo Staatsbildung und föderale Autonomie in Irakisch-Kurdistan ganz oben auf der Tagesordnung standen, problematisierte das politische Denken der PYD, das durch die Arbeit von Abdullah Öcalan nach 1999 inspiriert wurde, das Konzept des Staates. Öcalan (2013, 2015) argumentiert, dass soziale Ungleichheiten und kulturelle Ungerechtigkeiten in direktem Zusammenhang mit dem Prozess der Staatsbildung stehen, der seine historischen Hintergründe in der Idee des „starken Mannes“ und der Entstehung der Geschlechterhierarchie hat. In *Befreiung des Lebens* argumentiert Öcalan (2013: 55), dass der Kampf für Gerechtigkeit „die Schaffung politischer Formationen beinhaltet, die auf eine demokratische, geschlechtergerechte und ökologische Gesellschaft abzielen, in der der Staat nicht das zentrale Element ist“. Der Staat, von Nietzsche als „das kälteste aller kalten Ungeheuer“ (Merrifield 2006: 157) bezeichnet, wird von Öcalan (2010: 193) als eine Institution kritisiert, die nicht für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte steht, sondern für deren Verweigerung.

Kurz gesagt, Öcalans Kritik am modernen Staat hat zwei analytische Stränge. Der erste ist eine Staatskritik, die den Verwaltungsstaat und die Bürokratie als herrschende Klasse problematisiert, worin der Hauptwiderspruch zwischen dem Volk und dieser herrschenden Klasse besteht. Als Alternative wird ein System lokaler Selbstverwaltung vorgeschlagen, um dieses

Problem zu lösen. Die zweite ist eine Staatskritik, die die nationalstaatliche Form problematisiert, da sie letztlich darauf abzielt, die Bevölkerung durch Assimilation an eine dominante Identität zu homogenisieren und damit Vielfalt und Unterschiede auszulöschen. Damit folgte Öcalan Franz Fanon und Ho Chi Minh, die, wie er selbst, als ehemals kolonisierte Subjekte der Staatsmacht misstrauten (Kohn und McBride 2011: 56). Die Idee der Autonomie war das Recht kultureller, ethnischer, geschlechtlicher und religiöser Gruppen, sich selbst zu organisieren und ihren Interessen und Identitätszielen Ausdruck zu verleihen, um dieses Problem bewältigen zu können – dies war Selbstbestimmung, die darauf beruhte, dass die Menschen selbst das Gebot der Unabhängigkeit aufgriffen (Kohn und McBride 2011: 57).

Mit seiner Ablehnung des Verwaltungsstaates und des Nationalstaates schlägt Öcalan (2014: 32) also ein neues Modell vor:

Die Menschen sind direkt in den Entscheidungsfindungsprozess der Gesellschaft einzubeziehen. Dieses Projekt stützt sich auf die Selbstregierung der lokalen Gemeinschaften und ist in Form von offenen Räten, Stadträten, lokalen Parlamenten und größeren Kongressen organisiert. Die Bürger sind die Akteure dieser Art von Selbstverwaltung und nicht die staatlichen Institutionen. Das Prinzip der föderativen Selbstverwaltung kennt keine Grenzen. Es kann sogar grenzüberschreitend fortgesetzt werden, um multinationale demokratische Strukturen zu schaffen. Der demokratische Konföderalismus bevorzugt flache Hierarchien, in denen Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse innerhalb lokaler Gemeinschaften stattfinden (...) Er bietet einen Rahmen, in dem sich Minderheiten, Religionsgemeinschaften, kulturelle Gruppen, geschlechtsspezifische Gruppen und andere gesellschaftliche Gruppen selbstständig organisieren können.

Bookchin (1991) folgend, verwendet Öcalan den Begriff der *demokratischen Autonomie*, um sich auf die Entscheidungsfähig-



keit und Verantwortung der Menschen selbst zu beziehen, eine Politik, die im Wesentlichen auf einer engagierten Beteiligung beruht – eine primär partizipatorische und nicht repräsentative Demokratie (Akkaya und Jongerden 2013). Ferner bezieht sich das Prinzip des *demokratischen Konföderalismus* auf den interkonnektiven Kontext, worin die Selbstverwaltung stattfinden sollte und der ein vielschichtiges Netzwerk lokaler Versammlungen als Prinzip einer sozialen Organisation umfasst, was darauf abzielt, „die Interdependenz zu demokratisieren, ohne das Prinzip der lokalen Kontrolle aufzugeben“ (Bookchin 1991). So wird ein von unten nach oben verlaufender Ausdehnungsprozess, der mit der Einrichtung „direktdemokratischer Volksversammlungen auf Gemeinde-, Stadt- und Stadtteilebene“ beginnt, durch die entstehende konföderierte Form zu einer Alternative zum Staat. Dies sei „eine Politik, die versucht, eine vitale lokale politische oder bürgerschaftliche Sphäre neu zu schaffen“ (Bookchin 1991: 13). In größeren Regionen würden sich diese Versammlungen zusammenschließen und, wenn sie an Stärke gewinnen, den zentralisierten Nationalstaat herausfordern. Parallel dazu plädiert Bookchin für eine Kommunalisierung (anstelle einer Marx’schen Verstaatlichung) der Wirtschaft, um dem gegenwärtigen kapitalistischen System des Eigentums und des Unternehmertums etwas entgegenzusetzen (Simkin 2014).

Indem er sich diese Ideen zu eigen machte, kam Öcalan zu der Frage, ob die Unabhängigkeit wirklich in Form eines Staatsaufbaus konzipiert und praktiziert werden sollte. Nach einer Kritik und Selbstkritik am Charakter der nationalen Befreiungskämpfe und des „real existierenden Sozialismus“ in den 1990er Jahren entwickelte Öcalan eine neue politische Philosophie für den Nahen Osten (Jongerden 2016). In der Folge begannen die von seinem Denken inspirierten Organisationen der kurdischen Bewegung nach 2005, eine ideologische Architektur der politischen Gesellschaft zu entwickeln, die auf der Grundlage einer

nicht staatlichen Selbstverwaltung aufgebaut ist. So wurde in der Region Kurdistan in der Türkei der *Kongress der Demokratischen Gesellschaft* (DTK, Kongra Civaka Demokratik) gegründet, der die Entwicklung eines Rätensystems in der Region Kurdistan in der Türkei koordiniert, die *Demokratische und Freie Gesellschaft Ostkurdistan* (KODAR, Komalgeya Demokratik û Azad a Rojhilatê Kurdistanê) wurde mit demselben Ziel für die Region Kurdistan im Iran gegründet, während *Tevgera Azadi* (Freiheitsbewegung) und die *Bewegung für eine demokratische Gesellschaft* (TEV-DEM, Tevgera Civaka Demokratik) für die Entwicklung eines Rätensystems in der Region Kurdistan im Irak und in Syrien aufgestellt wurden.

Ein erster Schritt zur Umsetzung dieses Ansatzes wurde in der Türkei unternommen, wo kommunale Räte neben (gemeinsam und parallel) den von der pro-kurdischen Partei kontrollierten lokalen Verwaltungen arbeiteten. Die Zerstörung dieser Selbstverwaltungsstrukturen war der Hauptgrund für die Ersetzung von mehr als 100 gewählten Bürgermeister:innen in der Region Kurdistan durch staatliche Verwalter:innen im Jahr 2016 und die Eskalation der Gewalt im Anschluss an die Barrikaden, die in verschiedenen kurdischen Städten errichtet wurden, nachdem sich der Staat aus dem Prozess der Gespräche und Verhandlungen mit der PKK zurückgezogen hatte.

Sehr unterschiedlich war die Situation im relativen Vakuum in Syrisch-Kurdistan, wo die staatlichen Kräfte verdrängt wurden und sich größtenteils zurückgezogen hatten. Nachdem große Teile von Rojava 2012 unter die Kontrolle der YPG gekommen waren, wurden lokale (Nachbarschafts-)Versammlungen eingerichtet, um eine Form der Regierung zu gewährleisten. Die Versammlungen organisierten die Erbringung von Dienstleistungen, angefangen bei der Verteilung von Lebensmitteln und Brennstoffen bis hin zur Bereitstellung von Bildung und Selbstverteidigung. Mit anderen Worten: Die Räte übernahmen staatliche Funktionen, zumindest was die lokale

Sicherheit und die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen betrifft.

Die Etablierung von Räten war nicht nur eine alleinige Angelegenheit von Rojava. Im Zusammenhang mit den Bürgerprotesten, der Unordnung in der Verwaltung und dem Zusammenbruch der Regierung, als der Staat al-Assads abgelehnt und seine Vertreter:innen in ganz Syrien vertrieben wurden, entstanden in den Jahren 2011 und 2012 im ganzen Land Hunderte von Räten. In der Darstellung des syrischen Bürgerkriegs als gewaltsamer Abstieg ins Chaos wird dieser konstruktiven Seite des Aufstands nur selten Aufmerksamkeit geschenkt.

Diese Räte, die auf vielfältige Weise miteinander vernetzt waren – z. B. über WhatsApp-Gruppen mit gleichgesinnten Räten und Organisationen –, bildeten wiederum überall das kreative Produkt lokaler Bedürfnisse; eine unmittelbare Reaktion auf das Fehlen lokaler Regierung im Kriegskontext und das Regierungsvakuum, welches durch das plötzliche Fehlen staatlicher Verwalter:innen entstand – entweder durch deren kriegsbedingt erzwungenen Abzug und/oder die Ablehnung ihres Amtes vonseiten der Bevölkerung. Die lokalen Räte in der ethnisch vielfältigen Stadt Manbij wurden beispielsweise als „überzeugendes Beispiel für eine erfolgreiche Basisverwaltung in den zwei Jahren zwischen dem Rückzug des syrischen Regimes aus der Stadt im Jahr 2012 und der Übernahme durch den Islamischen Staat im Jahr 2014“ beschrieben (Munif 2017)<sup>14</sup>.

Die Räte, die im Frühjahr in Syrien insgesamt entstanden waren, unterschieden sich jedoch von denen, die spezifisch in Rojava auftraten. Der Unterschied bestand vor allem in der politischen Stärke, die sich in der ideologischen Ausrich-

---

<sup>14</sup> Der IS wurde 2016 von den SDF vertrieben; die Politik des Regimes bestand im Allgemeinen darin, die Gehälter lokaler Beamter weiter zu zahlen und damit zu signalisieren, dass es die neuen Regelungen nicht akzeptiert und die Absicht hat, (der Kontrolle des bzw.) dem Staat irgendwann in der Zukunft wieder Geltung zu verschaffen.

tung, der politischen Entschlossenheit und der Fähigkeit zur Organisation einer kohärenten Selbstverteidigung ausdrückte. Zusammen mit der Einrichtung der ersten Räte in Rojava initiierte die PYD die Gründung der *Bewegung für eine demokratische Gesellschaft* (TEV-DEM, Tevgera Civaka Demokratik), einer Plattform von politischen Parteien, beruflichen und gesellschaftlichen Organisationen und Vertreter:innen der Räte zur Beratung und Koordinierung (Knapp, Flach und Ayboga 2014). Auf ideologischer Ebene vertrat die TEV-DEM nachdrücklich die Auffassung, dass sie einen „konstitutiven Pluralismus“ fördere, der auf dem „Recht aller ethnischen und religiösen Gruppen beruht, sich nach ihrem eigenen freien Willen zu verwalten“ (Kurdish Question 2015). Sie argumentiert, dass ein solcher Pluralismus in Syrien in seiner Form als zentralisierter Staat nicht möglich sei.

In Rojava wurden auf der Ebene von Wohnstraßen, Stadtteilen, Dörfern, Bezirken, Städten, Kantonen und Regionen sowie jetzt auch auf der Ebene der *Demokratischen Föderation Nordsyrien* (DFNS) Räte für die Entscheidungsfindung und Verwaltung eingerichtet. Sie alle haben eine 40-prozentige Geschlechterquote. Die kleinste Einheit dieser Föderation ist die *Kommune*, die aus mindestens einigen wenigen und bis zu 400 Haushalten besteht und eine oder mehrere Wohnstraßen oder ein Dorf umfasst. Jede Kommune hat eine Exekutive, die sich aus den Ko-Vorsitzenden (einem Mann und einer Frau) und weiteren Mitgliedern zusammensetzt. Sie tritt wöchentlich zusammen und verfügt idealerweise über Kommissionen für Frieden, Selbstverteidigung, Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft oder Bildung. Nicht alle Kommissionen sind überall eingerichtet worden, aber die Friedens- und Selbstverteidigungskomitees sind weit verbreitet. Ein Nachbarschaftsrat setzt sich aus mehreren Dörfern oder einem Stadtviertel zusammen, und seine Mitglieder sind die Vertreter:innen der Kommunen. Die Nachbarschaftsräte haben einen Ko-Vorsitz und weitere Kommissionen

(Knapp, Flach und Ayboga 2014: 87). Dies wiederholt sich auf der Ebene des Stadtrats, der Kantone und Regionen (Cezîre, Euphrat und Afrin) und des DFNS.

Ein Gesellschaftsvertrag, der im Januar 2014 in Rojava ausgearbeitet und angenommen wurde, beginnt mit einer Absage an den Nationalstaat: „Wir, die Völker der autonomen Regionen, vereinen uns im Geiste der Versöhnung, des Pluralismus und der demokratischen Teilhabe, damit sich alle im öffentlichen Leben frei äußern können. Beim Aufbau einer Gesellschaft, die frei von Autoritarismus, Militarismus, Zentralismus und der Einmischung religiöser Autoritäten in öffentliche Angelegenheiten ist“ (Charta des Gesellschaftsvertrags 2014). Erweitert um nicht kurdische Gebiete unter dem Dach des DFNS, wurde 2016 als übergeordnetes Ziel die Errichtung „einer neuen demokratischen Struktur anstelle des aufgelösten Staates Syrien“ angekündigt (Sherko 2016). Dies war die Idee des demokratischen Konföderalismus, der durch die Struktur des DFNS geschaffen wurde. So wurden am 22. September 2017, drei Tage vor dem Unabhängigkeitsreferendum in Irakisch-Kurdistan, Wahlen für die Ko-Vorsitzenden der DFNS-Kommunen organisiert. Wir sehen also, dass im selben Monat des Jahres 2017 versucht wurde, in einem Teil Kurdistans einen unabhängigen Staat zu errichten und in dem anderen Teil die Selbstverwaltung zu stärken. Ersteres war nicht erfolgreich, im Gegenteil und schlimmer noch: Nicht nur die nationalen und internationalen Reaktionen führten dazu, dass die Abstimmung unbeachtet blieb, sondern auch interne Spaltungen und verschiedene unterschiedliche und konkurrierende Interessen in Kombination mit einer harten Reaktion aus Bagdad führten dazu, dass Gebiete von Bagdad zurückerobert wurden. In Rojava hingegen erregten die lokalen Wahlen der Ko-Vorsitzenden keine internationale Aufmerksamkeit; sie waren jedoch ein wichtiger Schritt beim schrittweisen Aufbau einer alternativen und vernetzten Regierungsform von unten.

## Fazit

Unser Hauptaugenmerk galt dem Verhältnis kurdischer politischer Parteien und breiterer Bewegungen zum Staat, und zwar nicht nur den Beziehungen zu den Staaten, in die sie integriert waren und gegen die sie kämpften, um ihre Identität zu verteidigen und ihre Rechte durchzusetzen, sondern auch und darüber hinaus, wie sie sich zur Idee der staatlichen Konstituierung verhalten. Wir haben argumentiert, dass die Region Kurdistan im 15. bis 19. Jahrhundert einem Prozess der umgekehrten Staatsbildung unterworfen war und dass die kurdischen Eliten zwar autonom waren, ein Staatsbewusstsein aber nicht gut entwickelt war – in den meisten Fällen verteidigten die rebellierenden Eliten lokale Interessen und hatten kein breiteres politisches Programm. Seitdem hat sich parallel zur Nicht-Identifikation mit dem Staat (insbesondere mit den vier Staaten, über die sich das kurdische Gebiet erstreckt) ein kurdisches Nationalbewusstsein entwickelt.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg formulierten die kurdischen Befreiungsbewegungen ihren Kampf zunehmend unter dem Aspekt der Selbstbestimmung. Da Nationen das Recht auf einen Staat haben, der die ausschließliche Kontrolle über ein Territorium ausübt, muss demnach auch die kurdische Nation das Recht haben, einen Staat zu gründen. Die besondere Notlage der Kurd:innen wurde durch ein universelles Recht legitimiert, während ihr Kampf durch einen marxistisch-leninistischen Ansatz gerahmt wurde, der den untergeordneten Status der Kurd:innen in einer umfassenderen Analyse des Imperialismus und Kolonialismus erklärte. In den 1990er und 2000er Jahren vollzog sich dann ein Wandel, bei dem die Kontrolle der Staaten gegenüber den Ansprüchen und der wachsenden Stärke der Kurd:innen schwächer wurde (mit der fragwürdigen Ausnahme des Iran, wo Teheran im Allgemeinen seinen Einfluss auf das kurdische Gebiet beibehalten hat).

In der Region Kurdistan im Irak ist ein Proto-Staat im Entstehen begriffen. Diese Formierung findet auf der formalen Ebene statt, während sich hinter den Kulissen der Tagespolitik ein Machtsystem herausbildet, das auf familiären Netzwerken und Klientelismus beruht. Dies hat zu einer effizienten Teilung der KRG in zwei getrennte Einheiten geführt, was die Entwicklung von de facto nicht mehr existierenden Institutionen zur Folge hatte. Während familiäre Loyalität und Klientelismus die Situation in der Region Kurdistan im Irak kennzeichnen, hat sich anderswo eine andere, „jenseits des Staates“ liegende Politik entwickelt. In der Region Kurdistan in der (südöstlichen) Türkei wurde ein im Entstehen begriffenes System von Nachbarschaftsversammlungen, die parallel zu den von der wichtigsten kurdischen Partei geführten lokalen Behörden arbeiteten, durch die Staatsmacht und die Wiederaufnahme des bewaffneten Konflikts zwischen Staat und PKK ausgelöscht, und ihre Funktionen wurden vor den Kommunalwahlen 2019, als die Demokratische Partei der Völker (HDP, Halkların Demokratik Partisi) wieder an die Macht kam, von zentral ernannten Gouverneuren übernommen. In der Region Kurdistan in Syrien hingegen bot das durch den Bürgerkrieg entstandene Machtvakuum den Raum für die Entwicklung des Projekts der demokratischen Autonomie sowie des demokratischen Konföderalismus und den potenziellen Beginn einer neuen Art des politischen Handelns.

Die Politik „jenseits des Staates“ ist in Rojava keine Bewegung in Richtung Familienpartikularismus (wie in der Region Kurdistan im Irak), sondern die Entwicklung eines neuen politischen Imaginären, in dem das kurdische Anliegen der Selbstverwaltung in eine Kommune/kommunale Tradition bürgerbasierter oder direkter Formen der Demokratie eingebettet ist. Dies ist eine Form der Selbstverwaltung, die von sich aus autonom ist. Sie geht nicht von individualisierten und vertikalen Beziehungen zwischen Subjekten und einer staatlichen Instanz

aus, sondern stellt die Frage in den Vordergrund, wie die Menschen zueinander in Beziehung treten sollen. Eine solche Alternative vertikaler Staat-Subjekt-Beziehungen durch eine Form der Verwaltung in Netzwerken impliziert ein Umdenken in Bezug auf das Regieren nicht nur jenseits des Staates, sondern darüber hinaus als eine tiefgreifende Transformation des Wesens des politischen Körpers (Knapp und Jongerden 2016), wobei die Fähigkeiten der Bürger:innen als wahre Form der Selbstbestimmung und nicht die Struktur der Institutionen betont werden (Kohn und McBride 2011). Auch wenn dabei der Staat nicht im Mittelpunkt steht und es nicht darum geht, Grenzen neu zu ziehen, könnte die Entwicklung eines Netzwerks von Räten diese Grenzen beeinflussen, indem sie sie unbedeutend werden lassen (Karasu 2009). Schließlich ist das Versprechen dieser neuen politischen Formation das eines jenseits des Staates agierenden Volkes.

## Quellen

- Ahmed, M. M. A.: *Kurdish spring, Iraqi Kurdistan*, in: Ahmed, M. M. A.; Gunter, M. (Hrsg.): *The Kurdish Spring: Geopolitical Changes and the Kurds*, S. 93–133, Costa Mesa 2013.
- Akkaya, A. H.: *Kürt Hareketinin Örgütlenme Süreci Olarak 1970'ler*, in *Toplum ve Bilim*, S. 127, 88–120, 2013.
- Akkaya, A. H., Jongerden, J.: *Reassembling the political: The PKK and the project of radical democracy*, in: *European Journal of Turkish Studies* 12, S. 1–56, 2012.
- Akkaya, A. H.; Jongerden, J.: *Confederalism and autonomy in Turkey: The Kurdistan Workers Party and the reinvention of democracy*, in: Güneş, C.; Zeydanlıoğlu, W.: *The Kurdish Question in Turkey: New perspectives on violence, representation and reconciliation*, London 2013.
- Allsopp, H.: *The Kurds of Syria*, New York 2014.
- Anczewski, A.: *Kurdish independence vote: Status quo or powder keg?*, in: *Foreign Brief*, 27 August, 2017.
- Anderson, L.; Stansfield, G.: *The implications of elections for federalism in Iraq: Toward a five-region model*, in: *Publius*, 35, S. 359–82, 2005.



- Aziz, S.: *The economic system(s) of the Kurdistan Regional Government, Iraq*, in: Gürbey G.; Hofmann, S.; Seyder, F. I. (Hrsg.): *Between State and Non-state: Politics and Society in Kurdistan-Iraq and Palestine*, S. 103–122, New York 2017.
- Bajalan, D. R.: *Pan-Kurdish nationalism: Theory or praxis?*, ASEN conference paper, London 2009.
- Bengio, O.: *Autonomy in Kurdistan in historical perspective*, in: O’Leary B., McGarry J., Salih K. (Hrs.), *The Future of Kurdistan in Iraq*, S. 173–185, Philadelphia 2006.
- Bookchin, M.: *Libertarian municipalism: An overview*, in *Green Perspectives*, 1991 online unter: [http://dwardmac.pitzer.edu/Anarchist\\_Archives/bookchin/gp/perspectives24.html](http://dwardmac.pitzer.edu/Anarchist_Archives/bookchin/gp/perspectives24.html), abgerufen am 28.11.2021.
- Bozarslan, H.: *Violence in the Middle East, the political struggle to self-sacrifice*, Princeton 2004.
- Bruinessen, M. v.: *Agha, Shaikh and State: on the social and political organization of Kurdistan*, Utrecht 1978.
- Bruinessen, M. v.: *Genocide in Kurdistan? The Suppression of the Dersim Rebellion in Turkey (1937–38) and the Chemical War Against the Iraqi Kurds (1988)*, in: Andreopoulos G. J. (Hrsg) *Conceptual and historical dimensions of genocide*, Philadelphia 1994, S. 141–170.
- Burgess, M.: *Federalism and Federation: Putting the Record Straight?*, in: *50 Shades of Federalism* 2017, online unter: <http://50shadesoffederalism.com/case-studies/spain-federal-country/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Casier, M., Jongerden J., Hiltion A.: *„Road Maps“ and Roadblocks in Turkey’s Southeast*, in *Middle East Report* Oktober 30, 2009.
- Challiland, G.: *A People without a country: The Kurds and Kurdistan*, London 1993.
- Charter of the Social Contract, 2014, online unter: <https://peaceinkurdistancampaign.com/charter-of-the-social-contract/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Chorev, M.: *Iraqi Kurdistan: The internal dynamics and statecraft of a semistate*, in al Naklah, the Fletcher School online journal for issue related to Southwest Asia and Islamic Civilization (Fall 2007): S. 1–11, 2007, online unter: [https://ciaotest.cc.columbia.edu/journals/aln/v2007i9/f\\_0001642\\_854.pdf](https://ciaotest.cc.columbia.edu/journals/aln/v2007i9/f_0001642_854.pdf), abgerufen am 27.11.2021.

- Chulov, M.; Johnson, P.: *Barzani on the Kurdish referendum: „We refuse to be subordinates“*, 2017, in: The Guardian vom 22. September, online unter: [www.theguardian.com/world/2017/sep/22/masoud-barzani-on-the-kurdish-referendum-iraq-we-refuse-to-be-subordinates](http://www.theguardian.com/world/2017/sep/22/masoud-barzani-on-the-kurdish-referendum-iraq-we-refuse-to-be-subordinates), abgerufen am 28.11.2021
- Clastres, P.: *Society against the State, essays in political anthropology*, New York 1989.
- Dam, v. N.: *Destroying a Nation: The Civil War in Syria*, London 2017.
- Danilovich, A.: *Iraqi Federalism and the Kurd: Learning to Live Together*. London 2014.
- Entessar, N.: *The Kurds in post-revolutionary Iran and Iraq*, in *Third World Quarterly*, 6, 1984, S. 911–33.
- Eppel, M.: *The Demise of the Kurdish Emirates: The Impact of Ottoman Reforms and International Relations on Kurdistan during the First Half of the Nineteenth Century*, in *Middle Eastern Studies* 44 (2), 2008, S. 237–258.
- Gellner, E.: *The Turkish Option in Comparative Perspective. Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, London 1997.
- Ghassemilou, A. R.: *Kurdistan and the Kurds*, Prag 1965.
- Gunes, C.: *The Kurdish national movement in Turkey: from protest to resistance*, London 2012.
- Gunter, M.: *The Kurds Ascending: The evolving solution to the Kurdish issue in Iraq and Turkey*, New York 2008.
- HRW (Human Rights Watch): *Genocide in Iraq: The Anfal Campaign against the Kurds*, New York 1993.
- International Crisis Group (2019). After Iraqi Kurdistan's Thwarted Independence Bid. Brussels, Middle East Report 199.
- Group: *After Iraqi Kurdistan's Thwarted Independence Bid*, in: Middle East Report 199, Brussels 2019.
- Jongerden, J.: *Colonialism, self-determination and independence: The new PKK paradigm*, in: Guter, M. (Hrsg.): *Kurdish Issues: Essays in Honor of Robert W. Olson*, S. 106–120, Costa Mesa 2016.
- Jwaideh, W.: *The Kurdish national Movement: its origins and development*, New York 2006.
- Kane, S.; Hiltermann, J. R.; Alkadiri, R.: *Iraq's Federalism Quandary*, in: *The National Interest* 2012, online unter: <https://nationalinterest.org/article/iraqs-federalism-quandary-6512>, abgerufen am 28.11.2021.
- Karasu, M.: *Radikal Demokrasi*. Neus 2009.

- Katzman, K.: *The Kurds in Post-Saddam Iraq*, in: CRS Report for Congress 2010, online unter: <https://sgp.fas.org/crs/mideast/RS22079.pdf>, abgerufen am 28.11.2021.
- Keitner, C. J.: *The Paradoxes of Nationalism: The French Revolution and its Meaning for Contemporary Nation-Building*, New York 2007
- Knapp, M.; Flach, A.; Ayboga E.: *Revolution in Rojava. Democratic Autonomy and Women's Liberation in Syrian Kurdistan*. London 2016.
- Knapp, M., Jongerden, J.: *Communal Democracy: The Social Contract and Confederalism in Rojava*, in: Comparative Islamic Studies Vol. 10 No. 1, 2014.
- Koehl, R. L.: *The Politics of Resettlement*, in The Western Political Quarterly 6, 1953, S. 231–242.
- Kohn, M.; McBride, K.: *Political Theories of Decolonization*, Oxford 2011.
- Kurdish Question: *TEV-DEM announces project for a democratic Syria*, online unter: <http://kurdishquestion.com/oldarticle.php?aid=tev-dem-announces-project-for-a-democratic-syria>, abgerufen am 28.11.2021.
- Lenin, V. L.: *The Right of Nations to Self-Determination*, 1914.
- Lowe, R.: *The Emergence of Western Kurdistan and the Future of Syria*, in: Romano, D; Gurses M (Hrsg.): Conflict, Democratization and the Kurds in the Middle East, S. 225–246, New York 2014.
- Maur, R. i. d.; Staal, J.: *Stateless Democracy*, Utrecht 2015.
- McDowall, D.: *A Modern History of the Kurds*, New York 2000.
- Merrifield, A.: *Henri lefebvre: A critical introduction*, London 2006.
- Munif, Y.: *Participatory democracy and micropolitics in Manbij: An unthinkable revolution*, 2017, online unter: <https://tcf.org/content/report/participatory-democracy-micropolitics-manbij/>, abgerufen am 28.11.2021.
- Öcalan, A.: *Demokratik Uygurlik Manifestosu: Ortaduğu'da Uygurlik Krizi ve Demokratik Uygurlik Çözümü*, Neuss 2010.
- Öcalan, A.: *Liberating Life: Woman's Revolution*. Cologne 2013.
- Öcalan, A.: *War and Peace in Kurdistan, Perspectives for a political solution of the Kurdish question*, Cologne 2014.
- Öcalan, A.: *Manifesto for a Democratic Civilization: The Age of Masked Gods and Disguised Kings*, Porsgrunn 2015.
- Olson, R.: *The Emergence of Kurdish Nationalism and the Sheikh Said Rebellion, 1880–1925*. Austin-Texas 1989.
- Park, B.; Jongerden, J.; Owtram, F.; Yoshioka, A.: *On the independence*

- referendum in the Kurdistan Region of Iraq and disputed territories in 2017*, in: *Kurdish Studies*, 5, S. 199–214, 2017.
- PKK: *Kürdistan Deverimin Yolu*, 1978, online unter: <http://leftkup.com/wp-content/uploads/2018/06/Abdullah-%C3%96calan-K%C3%Bcrdistan-Devriminin-Yolu-devkup.pdf>, abgerufen am 27.11.2021.
- Romano, D.: *The Kurdish Nationalist Movement: Opportunity, Mobilization and Identity*, Cambridge 2006.
- Schmidinger, T.: *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan*, Wien 2014.
- Simkin, J.: *Murray Bookchin*, 2014 in: Spartacus International, online unter: <https://spartacus-educational.com/USAbookchin.htm>, abgerufen am 28.11.2021
- Sherko, F.: *Northern Syria's new democratic federal system*, in Fikra Forum, 2016, online unter: [ww.washingtoninstitute.org/fikraforum/view/northern-syrias-new-democratic-federal-system](http://ww.washingtoninstitute.org/fikraforum/view/northern-syrias-new-democratic-federal-system), abgerufen am 28.11.2021.
- Stansfield, G.: *Governing Kurdistan: The strengths of division*, in: O'Leary, B; MCGarry, J; Salih, K. (Hrsg). *The Future of Kurdistan in Iraq*, S. 195–218, Philadelphia 2006.
- Stansfield, G.: *The Kurdish Experience in Post-Saddam Iraq*, London 2017.
- Stansfield, G.; Anderson, L.: *Kurds in Iraq: The struggle between Baghdad and Erbil*, in: *Middle East Policy*, 16, S. 134–45, 2009.
- Tejel, J.: *The shared political production of ,the East' as a ,resistant' territory and cultural sphere in the Kemalist era, 1923–1938*, in *European Journal of Turkish Studies*, S. 1–60, 2009.
- Wilgenburg, V.W.; Fumerton, M.: *Kurdistan's Political Armies: The Challenge of Unifying the Peshmerga Forces*, Beirut 2015.
- Wolff, S.: *Complex power-sharing and the centrality of territorial self-governance in contemporary conflict settlements*, in: *Ethnopolitics*, 8, S. 27–45, 2009.
- Yeğen, M.: *Turkish nationalism and the Kurdish question*, in *Ethnic and Racial Studies*, 30, 2017, S. 119–51.
- Yildiz, K.: *The Kurds in Iraq: The Past, Present and Future*, London 2004.
- Yoshioka, A.: *The shifting balance of power in Iraqi Kurdistan: The struggle for democracy with uninstitutionalized governance*, in: *International Journal of Contemporary Iraqi Studies*, 9, S. 21–35, 2015.

